

Blatt

Preis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; halbjährlich K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.30.

Preis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 85 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 16 Frk. 50 Cent.

Druck-Nummern: Schriftleitung 259, 6532, Haupt-Verwaltung 2668, Versandstelle 1024, Druckerei 3068.

7

71. Jahrg.

Zur polnischen Verfassung.

Von Michael v. Lempicki,

Mitglied des provisorischen Staatsrates des Königreiches Polen.

Unter den nationalen und staatlichen Fragen, welche das siegreiche Schwert der verbündeten Armeen aufgerollt und die Politik der Regierungen der Zentralmächte im Osten Europas zu entscheiden hat, ist die polnische Frage im jetzigen Moment bereits am meisten reif und somit auch am meisten aktuell. Die Bedeutung der polnischen Frage ist eine doppelte: nicht nur was ihren eigenen Inhalt betrifft, sondern auch mit Rücksicht auf ihren Einfluß auf alle anderen mehr oder weniger eng mit ihr verknüpften Fragen, wie die litauische, weißrussische, kurländische, ukrainische Frage. In dieser ganzen großen Aktion, vor welcher die Regierungen der Zentralmächte stehen, wird die polnische Frage einen wichtigen Präzedenzfall bilden. Von ihrer richtigen Lösung hängt größtenteils auch die richtige Lösung der übrigen Fragen ab, während ein falscher Schritt in der polnischen Frage den ganzen Komplex der zu lösenden Fragen in unerwünschter Weise beeinflussen könnte. Die Ententestaaten verstehen gut die oben angedeutete Bedeutung der polnischen Frage, und wenn auch dieselbe dank den Kriegsergebnissen ihrer Kompetenz entrückt ist, hören sie trotzdem nicht auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um ihren Einfluß auf die weitere Gestaltung derselben aufrechtzuerhalten. Freilich haben die Ententestaaten die Nationen nur mit leeren Versprechungen abgeseifigt, während die Mittelmächte denselben, in erster Linie den Polen, reale und positive Tatsachen boten. Trotzdem sind die Versprechungen und die dadurch geschaffenen Illusionen ein nicht zu unterschätzender Faktor, welcher Stimmungen hervorruft und die positive zweckmäßige Arbeit stört.

Aus all diesen Gründen liegt es im Interesse der Mittelmächte, die Führung in der polnischen Frage nicht aus der Hand zu geben und durch deutliche, klare Entscheidung die zweideutigen und geheimnisvollen Umtriebe der Ententeregierungen zu paralysieren. Es liegt dies auch im realen Interesse der Polen.

Die polnische Frage hat in ihrer fortschreitenden Entwicklung die ersten Stappen auf dem Wege hinter sich, welchen der historische Akt vom 5. November 1916 durch die Proklamierung einer selbständigen polnischen Monarchie im Bündnis mit den Mittelmächten geebnet hat. Der im Jänner 1917 als polnischer Beratungsrat geschaffene provisorische Staatsrat hat vielleicht nicht alle in ihn gelegten Hoffnungen verwirklicht, jedenfalls aber hat er seine vorbereitende Mission erfüllt. Der heutige Stand der Ereignisse erfordert einen weiteren Schritt auf demselben Wege. Die polnische Bevölkerung muß zur tätigen Mitarbeit mit den